

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Heinz Fischer besucht die Schweiz

Bern (AP) Der österreichische Parlamentspräsident, Heinz Fischer, wird heute Dienstag zu einem zweitägigen Besuch in der Schweiz erwartet. Er werde sich am ersten Besuchstag mit Bundespräsident Otto Stich und Bundesrat Flavio Cotti sowie mit Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats treffen, teilten die Parliamentsdienste am Montag mit. Für Mittwoch steht ein Treffen mit Nationalratspräsidentin Gret Haller, die Fischer in die Schweiz eingeladen hatte, auf dem Programm. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen laut Mitteilung Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration.

Ja zur Defizitgarantie des Bundes

Bern (AP) Trotz gewisser umweltpolitischer Bedenken empfiehlt auch die vorbereitende Nationalratskommission Zustimmung zur Defizitgarantie für die geplante Olympiade in Sitten. Die Durchführung der Spiele im Jahre 2002 sei eine wertvolle Möglichkeit zur Öffnung der Schweiz, kam die Kommission gemäss Mitteilung der Parliamentsdienste vom Montag zum Schluss.

Nachdem bereits die Ständeratskommission der beantragten Defizitgarantie von 30 Millionen Franken zugestimmt hatte, fällt die nationalräthliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) ihren Entscheid mit 14 gegen drei Stimmen bei drei Enthaltungen. Positiv beurteilt wurde das Ziel, den ökologischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen und möglichst mit bereits bestehenden Anlagen auszukommen.

Konsumentinnenforum für KVG-Revision

Bern (AP) Das Konsumentinnenforum Schweiz (KF) hat im Hinblick auf die Eidgenössischen Abstimmungen vom kommenden 4. Dezember die Annahme des revidierten Krankenversicherungsgesetzes (KVG) empfohlen. Die Initiative der SP und des Gewerkschaftsbundes wird dagegen abgelehnt, wie das KF am Montag in Bern mitteilte. Vom neuen KVG erwartet das KF preiswertere Prämien für die Versicherten, ausgelöst durch bessere Konkurrenz, kostendämpfende Effekte und mehr Transparenz. Erstmals in der sozialen Krankenversicherung könnten die Versicherten Selbstverantwortung wahrnehmen und die Krankenkassen frei wechseln. Dies motiviere die Kassen, ihren Einfluss auf die Kostenentwicklung wahrzunehmen.

Zunahme der Repression gegen Drogenkonsum

Bern (AP) Die Repression gegen Drogen und der effektive Drogenkonsum klaffen in der Schweiz zunehmend auseinander. Während die Zahl der Konsumenten von harten Drogen in den letzten 15 Jahren ungefähr stabil bei 24 000 bis 30 000 blieb, ist die Zahl der Verzeigungen im gleichen Zeitraum um mehr als das Vierfache gestiegen, wie der Direktor des Bundesamts für Statistik (BFS), Carlo Malaguerra, am Montag in Bern sagte. Einer neuen Publikation des BFS zum Thema «Drogen und Strafrecht» ist weiter zu entnehmen, dass jüngere Menschen von der Verfolgung des Drogenhandels- und -konsums zunehmend seltener betroffen sind.

EWR: Wann legt die Regierung was und in welcher Form vor?

Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, Ressortinhaberin für die Aussenpolitik, spricht von Teilpaketen und von einem EWR-Gesamtpaket

(G.M.) – Obwohl in der Regierung im Moment drei Regierungsmitglieder – Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungsrätin Dr. Andrea Willi als Ressortinhaberin Aussenpolitik und Regierungsrat Dr. Michael Ritter als Ressortinhaber Wirtschaft – für die Aussenpolitik zuständig sind, herrscht derzeit noch keine Klarheit über das weitere Vorgehen in Sachen EWR-Beitritt. Zumindest existiert kein genau definierter Fahrplan über die weiteren Schritte bis zur 2. EWR-Abstimmung, die irgendwann im ersten Vierteljahr 1995 stattfinden soll.

Ursprünglich plante die Regierung, dass im Herbst die Lösungsplattform mit der Schweiz erarbeitet, die Anpassung des Zollvertrags auf der Ebene der Experten sowie der Regierung ausgehandelt und von den nationalen Parlamenten verabschiedet sei, so dass die 2. EWR-Volksabstimmung unter Einhaltung der gebotenen Fristen gegen Jahresende stattfinden könnte. In diesen Zeitplan eingeschlossen war auch die Vorstellung, dass die für die Lösungsplattform zuständigen EWR-Gremien bis zu diesem Zeitpunkt ihre Zustimmung für

die Aufrechterhaltung der Regionalunion Liechtenstein-Schweiz bei gleichzeitigem EWR-Beitritt Liechtensteins offiziell mitgeteilt hätten.

Zu grosser Optimismus

Dass von diesen Vorstellungen im Verlaufe dieses Jahres einiges revidiert und vor allem in zeitlicher Hinsicht immer wieder neuen Gegebenheiten angepasst werden musste, wird in der Rückschau und unter Berücksichtigung der zumeist grossen Optimismus und Hoffnungen verbreitenden Erklärungen der für die Aussenpolitik zuständigen Regierungsmitglieder ersichtlich. Nach längerem Zögern gab die Regierung vor kurzem bekannt, dass sich der EU-Ministerrat definitiv wahrscheinlich erst am 20. Dezember 1994 mit dem «Fall Liechtenstein» beschäftigen würde, womit sich die Schlussfolgerung ergab, dass die für Mitte Dezember vorgesehene 2. EWR-Volksabstimmung in unserem Land nicht mehr in diesem Jahr stattfinden kann. Aufgrund dieser zeitlichen Konstellation blieb auch die Annahme nicht mehr fern, dass sich der Landtag vor dieser EU-Ministerratssitzung nicht abschliessend

mit der Agenda «EWR und Zollvertrag» befassen könnte.

Dennoch schloss Aussenminister Dr. Andrea Willi am Pressegespräch vor einer Woche eine Behandlung eines Teilbereiches durch den Landtag vor der EU-Ministerrat-Entscheidung nicht aus. Ausgeschlossen ist nach ihrer Auffassung ebenfalls nicht, dass der Landtag kurze Zeit nach dem definitiven «Signal aus Brüssel», beispielsweise im Januar, nochmals zu einer Sitzung zusammentreten könnte, um ein von der Regierung vorgelegtes Gesamtpaket in Behandlung zu ziehen und zu verabschieden, nachdem vorher Teilpakete bereits Gegenstand der parlamentarischen Beratung gewesen sind. Dieses zwar nur im Rahmen eines Pressegesprächs, aber dennoch für die Information der Öffentlichkeit formulierte Vorgehen bleibt ohne Beispiel in der bisherigen ausserpolitischen Geschichte unseres Landes. Herrscht gegenwärtig im «Grossen Haus» das Chaos?

Erklärungen der Aussenministerin

Nicht ganz sattelfest erschien die für die Aussenpolitik zuständige Regie-

rungsrätin Dr. Andrea Willi, zumindest was die zeitliche Planung betrifft, bereits zu Beginn des Jahres. In der Landtagssitzung vom 24. Februar 1994, als ein EWR-Bericht der Regierung diskutiert wurde, erklärte sie auf Fragen der Abgeordneten, dass «im Laufe des Monats März mit offiziellen Stellungnahmen/Fragen der Kommission» zu rechnen sei. Offenbar sah sie trotz dieser optimistischen Zeitanzeige doch gewisse Schwierigkeiten voraus, weil sie nämlich auch noch sagte: «Dann möchte ich eben auch noch festhalten, dass die Integrationsentwicklung bei den anderen vier EFTA-Staaten und der Zeitpunkt des Verhandlungsabschlusses und des EU-Beitritts, dass das eben auf unsere EWR-Beitrittsbewerbung schon einen Einfluss haben kann, weil es eben auch auf den EWR selbst einen Einfluss nehmen kann. Ich meine, wenn vier EFTA-Länder jetzt noch ab 1.1.1995 EU-Mitglieder sind, dann wird das das EWR-Abkommen nicht unberührt lassen». Man sehe, schloss Aussenministerin Willi dieses Kapitel ab, «von dieser Seite haben wir einfach mit Imponderabilien zu tun». Und so blieb es bis heute ...

Liechtenstein auch gegen Lettland Aussenseiter, aber kein krasser

Fussball-EM-Ausscheidungsspiel heute um 14 Uhr im Sportpark Eschen/Mauren – Wer gewinnt den ersten Punkt?

(ch) – Wenn Liechtensteins Fussball-Nationalmannschaft heute, um 14 Uhr, im Sportpark Eschen/Mauren in einem weiteren EM-Ausscheidungsspiel auf Lettland trifft, dann betritt das Team von Trainer Dietrich Weise den Rasen natürlich wieder als Aussenseiter. Doch diesmal nicht als so krasser wie bei den bisherigen Partien gegen Nordirland, Österreich und Irland. Trotz allem müsste man aber bereits ein Unentschieden als Riesen-Erfolg für die Liechtensteiner werten.

Vielleicht ist die Aufgabe unseres Teams heute sogar die bislang schwierigste. Während die Schützlinge von Dietrich Weise in den bisherigen Spielen nichts zu verlieren hatten und ihre Haut jeweils teuer verkauft, rechnen sich die Liechtensteiner gegen Lettland doch gewisse Chancen auf einen Punktgewinn aus und stehen mehr unter Druck. Es darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Letten bereits über ein nicht zu unterschätzendes Mass an internationaler Erfahrung verfügen. Punktgewinne beispielsweise gegen Spanien oder Dänemark sprechen eine deutliche Sprache über die Stärke der Balten. Unser Team wird also erneut an die Leistungsgrenze gehen müssen, um einigermaßen bestehen zu können. Dennoch: Ganz Liechtenstein hofft auf eine Überraschung!



Die Spieler und der Betreuerstab der Liechtensteiner Fussball-Nationalmannschaft hoffen im heutigen EM-Ausscheidungsspiel in Eschen/Mauren gegen Lettland auf eine Überraschung. (Bild: B. Schurte)

Ratsprogramm schwer beladen

In Wintersession – Zweiwöchige Sondersession Ende Januar

Bern (AP) Die Mitglieder der Eidgenössischen Räte haben vor den Weihnachtstagen ein schwer befrachtetes Sessionsprogramm zu bewilligen. Die beiden Gatt-Botschaften sowie das Budget 1995 bilden die Hauptakzente der dreiwöchigen Wintersession, die am 28. November beginnt. Bereits Ende Januar werden die Ratsmitglieder während zwei Wochen zu einer Sondersession zusammentreten.

Zum Auftakt der Wintersession werden die Präsidenten und Vizepräsidenten beider Kammern sowie das Ratsbüro neu gewählt, wie aus dem am Montag publizierten Sessionsprogramm hervorgeht. Im Nationalrat dürfte der derzeitige Vizepräsident Claude Frey (FDP/NE) und im Ständerat Vizepräsident Niklaus Kächler (CVP/OW) die Leitung der Ratsgeschäfte in die Hand nehmen. Für das Vizepräsidium im Nationalrat, das im kommenden Jahr turnusgemäss den klei-

neren Parteien zusteht, haben der LdU, die Grünen, die Freiheits-Partei sowie die Schweizer Demokraten Kandidaten vorgeschlagen. Die Vereinigte Bundesversammlung wird am 7. Dezember zur Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates für das kommende Jahr einberufen. Im Nationalrat ist für die Budgetdebatte die gesamte erste Sessionswoche vorgesehen. Der vom Bundesrat vorgelegte Vorschlag sieht ein Defizit von 6,5 Milliarden Franken vor. Dabei schlägt die vorbereitende Kommission zusätzliche Sparanstrengungen vor, um das Defizit auf sechs Milliarden zu drücken. Im Ständerat stehen die Budgetberatungen in der zweiten Sessionswoche auf dem Programm. Den beiden Räten liegen ferner die Vorschläge von SBB und PTT vor. Das Gatt-Abkommen sowie die damit verbundenen 17 Gesetzesänderungen dominieren beim Ständerat die erste Sessionshälfte.

Kampf gegen Wellenberg-Endlager

Laut Gutachten als Standort absolut ungeeignet

Bern (AP) Die in der Anti Atom-Koalition (CAN) zusammengeschlossenen Organisationen bekämpfen das von der Nagra am Wellenberg (NW) geplante Endlager für radioaktive Abfälle. In einem am Montag in Bern veröffentlichten Gutachten wird der Standort als absolut ungeeignet bezeichnet. Beim BEW wurde Einsprache gegen das Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht.

Die CAN, der 25 schweizerische Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen angehören, hat bei der Gruppe Ökologie in Hannover ein Gutachten über das Rahmenbewilligungsgesuch der Nationalen Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) erstellen lassen. Der Geologe Jürgen Kreuzsch kam dabei zum Schluss, dass die Langzeitsicherheit des geplanten Atomendlagers nicht gewährleistet sei. Die Nagra sei beispielsweise nicht einmal in der Lage, die Fliessrichtungen des Grundwassers ge-

nau anzugeben. «Ohne diese Kenntnisse sind alle Prognosen bezüglich Austritt von Radioaktivität aus dem Wellenberg zweifelhaft», heisst es im Gutachten.

Etliche Fragen würden im Rahmenbewilligungsgesuch nicht beantwortet, radioaktive Grenzwertüberschreitungen verschwiegen oder Annahmen und Berechnungen seien wissenschaftlich nicht nachvollziehbar, schreibt der Gutachter. Seriöse Lösungen für eine Langzeitlagerung von Atommüll könnten bestenfalls dann gefunden werden, wenn die Atommüllmenge genau definiert sei, das heisse, alle Atomkraftwerke stillgelegt seien.

Der Nidwaldner Landrat Peter Steiner kritisierte an der Pressekonferenz, bei der Suche nach einem geeigneten Standort sei nicht die nukleare Sicherheit im Vordergrund gestanden, sondern derjenige mit den günstigsten Chancen für die Realisierung.